

Gesundheitskonferenz 2023: „Gesundheit und Armut – gesundheitliche Chancen(un)gleichheit“

Fazit der Veranstaltung

Ziel der Konferenz war es, die Auswirkungen von Armut auf die Gesundheit zu beleuchten und Strategien zum Umgang mit der Problematik zu erörtern. Die Akteure des Gesundheitswesens und der Wissenschaft diskutierten in Fachforen sowie im Plenum ihre Standpunkte und tauschten Erkenntnisse aus.

Aus der Gesundheitskonferenz kann insbesondere Folgendes festgehalten werden:

- Verhaltensprävention ist zwar ein Bestandteil zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, aber bei weitem nicht ausreichend: Denn die Eigenverantwortung zu gesundlichem Handeln ist gerade von Menschen in schwierigen Lebenslagen schwer anwendbar, auch wenn der Zugang sogar vorhanden wäre: Auch gut gemeinte und gemachte Präventionsprogramme erreichen oft nicht diejenigen, für die sie besonders gedacht und konzipiert sind.
Neben Verhaltensprävention muss unbedingt für soziale Gerechtigkeit in den Lebensverhältnissen (Bildung, Einkommen, Wohnen) gesorgt werden (Verhältnisprävention).
- Die Forschung ist auszubauen: Hemmnisse von Menschen, die in finanziell prekären Lebensverhältnissen leben, sowie Menschen vulnerabler Gruppen sind besser „aufzuschlüsseln“, d.h.: Die bisherige Datenerhebung ist weiter zu verfolgen, muss aber um den Aspekt der sozialen Isolation wegen Armut ergänzt werden. Neben biomedizinischer und epidemiologischer Forschung sollten mehr qualitative Interview- und Fallstudien einbezogen werden, um die Menschen in ihren Lebenswelten auch zu erreichen.
- Die Politik wird deshalb aufgefordert, folgende Maßnahmen zu initiieren: Es sind Gelder bereitzustellen, damit zielgruppenspezifisch für Menschen in schwierigen Lebenslagen kostenlose Angebote zur Gesundheitsvorsorge und zum Gesundheitsschutz geschaffen und ausgebaut werden können. Hier sind besonders die Menschen zu beachten, bei denen schwierige Lebensaspekte wie Alter, Krankheit und Armut kumulieren und sich gegenseitig verstärken (intersektoraler Ansatz).

Des Weiteren sind folgende allgemeine und spezifische Empfehlungen diskutiert worden:

- Die bestehenden Projekte und Beratungsangebote werden zu wenig durch Menschen in schwierigen Lebenslagen wahrgenommen und es fehlt an Unterstützung zur Orientierung für sie. Dem muss mit einem kontinuierlichen „Sichtbar-Machen“ und einem niedrigschwelligen Zugang entgegengewirkt werden. Der Informationsfluss kann beispielsweise durch neue, kostenlose Begegnungsorte verbessert werden bzw. bereits vorhandene Treffpunkte für Information und Beratung genutzt werden. Eine gute Vernetzung zwischen allen Akteur*innen hilft, dass Betroffene direkt einem passenden Hilfs- und Beratungsgebot zugeordnet werden (Vermittlung).
- Es fehlen neben Fachkräften auch Ehrenamtliche zur Unterstützung Betroffener. Mehr Ehrenamtliche können durch Schulungen, klare Strukturen und auch finanzielle Anreize wie die Übernahme von Versicherungs- und Fahrtkosten gewonnen werden.
- Bildungschancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Es bedarf deutlich mehr Anstrengung und gezielte Programme zur Förderung der Sprach- und Lesefähigkeit von Kindern und Jugendlichen. Gesundheit sollte in der Schule eine Rolle spielen im Sinne von „health in all policies“.
- In politischen Institutionen sollten spezielle Beauftragte für die physische und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen eintreten.
- Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention muss konsequent umgesetzt werden. Er garantiert allen Menschen, auch denen mit Behinderungen, dieselben politischen Rechte und alle Möglichkeiten, wie zum Beispiel am öffentlichen und privaten Leben teilhaben zu können. Im Rahmen der Gesundheitskonferenz wurde insbesondere die Notwendigkeit des Ausbaus behindertengerechter Arztpraxen sowie der Mitspracherechte für Behindertenvertretende und selbst Betroffene in allen Gremien festgestellt.
- Insbesondere wenn Altern, Krankheit, Behinderung und weitere vulnerabilisierende Faktoren zusammenkommen und sich gegenseitig verstärken, wurden unter anderem folgende praktische Anregungen in den Fachforen empfohlen:
 - Bereitstellung von kostenlosen Sportgeräten, Sitzplätzen und WCs im öffentlichen Raum
 - Sensibilisierung über privat zu bezahlende, individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) und Förderung des Zugangs zu Regelleistungen (z.B. im Bereich Zahnersatz)
 - Verbesserung der Versorgungsangebote wie geriatrische Reha oder ärztliche Versorgung im Hausbesuch